

Gastkommentar

Wie stabil sind unsere Banken?

«Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich.» An dieses Zitat, das Mark Twain zugeschrieben wird, musste dieses Frühjahr wohl mancher denken, die sich noch an die epochale Finanzkrise von 2008 und 2009 erinnerten. Der Konkurs einer Regionalbank im Silicon Valley hat das Fass zum Überlaufen gebracht und die bereits vorherrschende Vertrauenskrise bei der einst stolzen Credit Suisse noch weiter verstärkt sowie dann schliesslich innert weniger Tage zu deren Zusammenbruch geführt. Eine 167-jährige Geschichte wurde an einem denkwürdigen Wochenende ausradiert. Die Aufarbeitung dieser Rettungsaktion wird zeigen, ob die globalen Finanzmärkte knapp einer Kernschmelze entronnen sind. Es dürfte auch untersucht werden, wieso die politisch hart erkämpfte Bankenregulierung der letzten Jahre (Stichwort: Too big to fail) nicht greifen konnte und man zumindest an die Grenzen des rechtsstaatlich Zulässigen gehen musste.

Ein Flächenbrand wie 2008, als viele Länder ihr Bankensystem mit hunderten von Milliarden Franken, Euros oder Dollars an Steuergeldern stabilisieren mussten, ist zum Glück ausgeblieben. Die Lage scheint unter Kontrolle. In Europa zeigten sich die Finanzinstitute insgesamt als sehr resilient. Dies dürfte auf mehrere Gründe zurückzuführen sein. Etwa auf eine ausgeprägte Risikokultur. Die Risikokultur hat Auswirkungen auf den Risikoappetit der Banken. Die jüngsten Entwicklungen verdeutlichen, dass die europäischen Banker vorsichtiger als ihre Pendants an der Wallstreet unterwegs sind. Liquiditäts- und Zinsrisiken wurden im Einklang mit dem operativen Geschäft gesteuert.

Aber auch ausgewogene und gut diversifizierte Geschäftsmodelle dürften ihren Beitrag dazu beisteuern. Etwa hat das Universalbankkonzept europäischer Prägung grosse Vorteile für die Finanzstabilität. So basiert das hiesige Geschäftsmodell auf einer breiten und diversifizierten Finanzierung, wobei ein wesentlicher Teil auf

«Erfreulicherweise ist der über dem Zürcher Paradeplatz tobende Sturm an Liechtenstein und seinem Finanzplatz vorbeigezogen.»

Simon Tribelhorn, Geschäftsführer Liechtensteinischer Bankenverband

stabilen Einlagen aus dem Privatkundengeschäft beruht.

Ein solides Regulierungsumfeld ist ein weiterer Grund. Die Standards des Basler Ausschusses wurden in Europa anders als in den USA rasch und umfassend umgesetzt. Das europäische Bankensystem verfügt über die höchsten Kapital- und Liquiditätskennzahlen aller Weltregionen. Die Banken haben sich in der Krise als solide erwiesen. Es bestand kein erkennbarer Bedarf an einer kurzfristigen Erhöhung der Kapital- oder der Liquiditätsanforderungen. Die Stärkung des Aufsichtsrahmens in Europa und die Integration der Aufsichtsverantwortung in der Europäischen Zentralbank (EZB) haben sich als sehr zielführend und effizient erwiesen. Die jüngste Situation hat deutlich gemacht, dass Aufsichtsbehörden nicht nur die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Standards und Kennzahlen überwachen und formell bewerten müssen, sondern auch das Geschäftsmodell und die Risikosituation jeder Bank verstehen sollten.

Und in Liechtenstein? Erfreulicherweise ist der über dem Zürcher Paradeplatz tobende Sturm, an Liechtenstein und seinem Finanzplatz vorbeigezogen. Unbestechlicher Gradmesser dafür ist das Ende Mai zum wiederholten Male vergebene

AAA-Rating (mit stabilem Ausblick) von Standard & Poor's. Dieses Gütesiegel haben neben Liechtenstein nur ganz wenige Länder auf der Welt. Ihren Beitrag zu dieser guten Beurteilung leisten auch die Banken. Was für die europäischen Wettbewerber gilt, stimmt noch viel mehr für Liechtensteins Bankensektor. Erstens verfügen wir über eine im internationalen Vergleich sehr hohe Kernkapitalquote von mehr als 20 Prozent, was einen Risikopuffer für unvorhergesehene Krisen bedeutet.

Und zweitens verfolgen die Banken ein sprichwörtlich risikoarmes Geschäftsmodell, das sich auf die Vermögensverwaltung für Dritte konzentriert. Ein volatiles Investment Banking sucht man auf unserem Finanzplatz vergebens. Auch musste keine hiesige Bank je um staatliche Hilfe ansuchen.

Dieses Mal hatte also kein Finanzinstitut im Europäischen Wirtschaftsraum Probleme. Trotzdem dürften die Turbulenzen im Frühjahr, den politischen Druck für eine stärkere Regulierung der Banken befeuern. So verständlich dies ist, so behutsam sollte dabei vorgegangen werden. Nach einer vertieften Prüfung der Ursachen sollte man höchstens sehr gezielt und risikobasiert nachjustieren. Nicht zuletzt auch damit die wichtige Rolle der Banken bei der anstehenden Finanzierung des Klimawandels nicht erschwert wird. Denn eines ist klar. Eine stärkere Regulierung hat ähnlich wie jedes Medikament auch unerwünschte Nebenwirkungen. So verknappt resp. verteuert zusätzlich vorgeschriebenes Eigenkapital die Kreditvergabe und die Finanzierung der Energiewende.



Simon Tribelhorn
Geschäftsführer
Liechtensteinischer
Bankenverband

Gastkommentar

So viel wie nötig, so wenig wie möglich

42500 Arbeitsplätze, 5300 Unternehmen. Diese Zahlen zum Wirtschaftsstandort Liechtenstein sind eindrucksvoll und im Verhältnis zu den 39700 Einwohnern weltweit einmalig. Ein Grund dafür, dass sich der einst arme Bauernstaat zu einem Vorzeigestandort entwickeln konnte, ist die geringe Regulationsdichte. Davon haben alle Wirtschaftstreibenden profitiert – jene auf dem Finanzplatz genauso wie die Weltmarktführer in der Industrie und kleine oder mittelgrosse Gewerbebetriebe. Zwar gelten nicht überall dieselben Regeln. Doch während Jahrzehnten lautete die Maxime der Politik: «So viel Regulation wie nötig, so wenig wie möglich.» Das verschaffte den Unternehmen einen Standortvorteil und ermöglichte Wachstum, Innovation und das Aufkommen neuer Branchen.

Leider kommt die Regierung langsam, aber stetig von diesem erfolgreichen Weg ab. Seit die Geldspielbranche am Wirtschaftsstandort Fuss gefasst hat, wird sie mit immer neuen Regulationen konfrontiert. Ein Beispiel ist das Verhältnis von Automaten zu Tischspielen. Als Konzessionsvoraussetzung lag es 2017 bei 1 zu 20. Pro Spieltisch für Roulette, Blackjack oder Poker durften also 20 Automaten betrieben werden. Seit dem 1. Januar 2022 liegt das Verhältnis bei 1 zu 15. Was sich nicht geändert hat, sind die Auszahlungsquote, die bei Tischen und Automaten annähernd gleich ist, und vor allem die Nachfrage der Kundschaft. Das Mehr an Tischen bringt also weder den Gästen noch dem Staat etwas. Die einzigen Resultate sind höhere Personalausgaben und ein Regulationsgefälle zur Schweiz zum Nachteil der Liechtensteiner Unternehmen.

Der Blick in die Schweiz lohnt sich noch aus einem anderen Grund: Dort haben die Behörden bereits vor Jahren erkannt, dass eine Verhältnisregelung nichts bringt. Daher wurde sie gänzlich abgeschafft, während Liechtenstein sie verschärft. Die Abschaffung hat selbstverständlich nicht dazu geführt, dass nur noch Automaten in den Schweizer Casinos stehen. Es gibt eine Kundengruppe, die lieber an den Tischen spielt und die kein ökonomisch denkendes Casino vernachlässigt. Doch die Schweizer Spielbanken haben die Freiheit, so auf Gegebenheiten zu reagieren, wie die Situation es erfordert.

Liechtensteins liberale Wirtschaftspolitik war während Jahrzehnten der Garant für Wohlstand, soziale Sicherheit und niedrige Steuern. Es ist eine bedenkliche Entwicklung, nun ohne Zwang von diesem Weg abzuweichen und einer Branche Knüppel zwischen die Beine zu werfen, welche die Staatskasse mit rund 50 Millionen Franken pro Jahr füllt – und es bleibt zu hoffen, dass dieses Beispiel keine Schule macht. Sonst stellt sich die Frage, welche Branche die nächste ist. Müssen Metzger künftig auf 15 Cervelats eine Vegiwurst in der Auslage platzieren?



Markus Kaufmann
Präsident des
Casinoverbands
Liechtenstein

Joe Biden umwirbt das bevölkerungsreichste Land der Erde



US-Präsident Joe Biden (hinten) hat den indischen Premierminister Narendra Modi als Staatsgast mit einer pompösen Feier im Weissen Haus empfangen. Mit Modi umwirbt Biden das bevölkerungsreichste Land der Erde. Beim Staatsbe-

such wollen die beiden Themen wie die Sicherheit im indopazifischen Raum sowie Technologiepartnerschaften erörtern. Auch der Ukraine-Krieg soll Thema sein. Indien hat hier bislang eine neutrale Haltung eingenommen.

Bild: Andrew Harnik/AP